

«Ein bauernschlauer Vorschlag des Herrn Gesellschaftsministers»

Nachgefragt Die ersten Reaktionen zum Regierungsvorschlag zur Sicherung der AHV sind zumeist positiv. Nun blickt die Politik mit Interesse auf die Vernehmlassung.

VON HANNES MATT

Vergangene Woche hat Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini seinen Vorschlag zur langfristigen Sicherung der AHV präsentiert. Die Regierung will den Beitragssatz um 0,6 Prozent zu erhöhen und eine Einmaleinlage von 100 Millionen Franken tätigen, damit die AHV-Reserven über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten nicht auf unter fünf Jahresausgaben sinken. Als Ausgleich sollen die FAK-Beiträge gesenkt werden. Somit ist es auch nicht nötig, den alle Jahre vom Land geleisteten AHV-Beitrag (heute: 30 Millionen Franken) zu erhöhen. Eine solche weitere regelmäßige Belastung des Staatshaushalts ohne Gegenfinanzierung wollte die FBP-Fraktion unbedingt vermeiden. Deshalb haben die «Schwarzen» Abgeordneten vorab einen dreiteiligen Lösungsvorschlag zur AHV-Sicherung eingebracht. Kurz zusammengefasst: In einem ersten Schritt sollten dabei die Finanzzuweisungen des Staates an die besonders finanzstarken Gemeinden gekürzt werden. Mit den so generierten Mitteln hätte der Staat in einem zweiten Schritt dann die Krankenkassenprämien für alle Liechtensteiner deutlich reduzieren können, was in einem dritten Schritt dann eine stärkere Anhebung der Beitragssätze zu Gunsten der AHV erlaubt hätte, ohne die Liechtensteiner Beitragszahler unter dem Strich zu belasten. Ein Grossteil der Liechtensteiner wären mit diesem Vorschlag unter dem Strich sogar deutlich entlastet worden, war sich die FBP-Fraktion sicher. «Dieser Vorschlag wurde im Land-

AHV-Sicherung: Höhere Beiträge und 100-Millionen-Einlage sollens richten

Vorschlag Zur langfristigen Sicherung der AHV schlägt die Regierung vor, den Beitragssatz um 0,6 Prozent zu erhöhen und eine Einmaleinlage von 100 Millionen Franken zu tätigen. Als Ausgleich sollen die FAK-Beiträge gesenkt werden.

VON HANNES MATT

Bei den AHV-Reserven geht es «abwärts wie ein Kulischwanz», wie Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini die Situation jüngst beschrieb. So hat die alle fünf Jahre vorgeschriebene versicherungstechnische Prüfung des Vermögens der AHV im letzten Jahr festgestellt, dass deren Reserven über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten auf unter fünf Jahresausgaben sinken werden. Ein Sänierungsfall ist die AHV damit natürlich noch nicht; es besteht aber Handlungsbedarf. Schon im Vorhinein war klar: Eine kurzfristige Erhö-



Nun liegt er auf dem Tisch, der Vorschlag von Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini zur Sicherung der AHV. (Fotos: IKR/MZ)

Die Regierung schickte den Vorschlag von Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini zur Sicherung der AHV vergangene Woche in Vernehmlassung. (Faksimile VB)

tag von den anderen Parteien aber leider mit schwer nachvollziehbaren Argumenten abgelehnt», bedauert der FBP-Abgeordnete Elfried Hasler. «Es durfte wohl nicht gut sein, was nicht aus der eigenen Küche kam.» Die VU und die Freie Liste (FL) habe dabei bemerkenswerterweise gestört, dass im Rahmen dieses Gesamtpaketes nur die Liechtensteiner und nicht auch die Grenzgänger von den tieferen Krankenkassenprämien in Liechtenstein profitiert hätten. Nichtsdestotrotz: Den nun vorgelegten Vernehmlassungsvorschlag hält Elfried Hasler insgesamt für pragmatisch und vernünftig. «Die AHV wird gestärkt, die Mehrbelastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist vertretbar, der Staatshaushalt wird nicht wiederkehrend und auf unbestimmte Zeit belastet», fasst der FBP-Abgeordnete nochmals zusammen. «Durch einmalige hohe ausserordentliche Steuereinnahmen im 2020 ist der einmalige Zusatzbeitrag des Staates leicht finanzierbar. Nicht zuletzt kann damit derzeit auch auf eine weitere Erhöhung des Rentenalters verzichtet werden.»

Diesen Punkt nimmt auch Christoph Wenaweser auf. «Was der Herr Gesellschaftsminister hier in die Vernehmlassung schickt, ist im wohlmeinenden Sinn ein bauernschlauer Vorschlag», sagt der VU-Abgeordnete. «Den Staatsbeitrag von 100 Millionen als Einmaleinlage in die AHV abzuschöpfen, tut der Landesrechnung 2020 trotz heuer schon anfallenden, coronabedingten Sonderkosten nicht weh.» Ab 2024 – weit weg von heute – würden die Arbeitnehmenden moderat zur Kasse gebeten, müssten dafür aber in den nächsten Jahren keine Erhöhung des Rentenalters fürchten. «Auch für die Arbeitgeber wird es ab 2024 netto nicht teurer als für die Arbeitnehmer, weil sie entsprechend weniger in die Familienausgleichskasse einzahlen, ohne deren heute schon komplett überdotierten Fonds auch nur ansatzweise zu schleissen», fasst Wenaweser zusammen. «Eingedenk der bevorstehenden Landtagswahlen könnte sich hier ein mehrheitsfähiger politischer Kompromiss abzeichnen, der die gesetzlich geforderte Wirkung womöglich sehr schmerz-

arm erzielt.» Doch könne der Vorschlag der Regierung auch zum «Markten» einladen, warnt Wenaweser. Deshalb will er erst einmal abwarten, wie sich insbesondere die Sozialpartner im Rahmen der Vernehmlassung äussern.

Wie reagiert die AHV?

Eine Stellungnahme der AHV liegt derzeit noch nicht vor. Vorab möchte sich Direktor Walter Kaufmann noch nicht zum Vorschlag äussern. Auf die Rückmeldungen ist auch FL-Fraktionssprecher Georg Kaufmann, gespannt – insbesondere auf den folgenden Bericht und Antrag der Regierung zu Händen des Landtages. «Ich finde es aber richtig, dass wir uns frühzeitig mit der langfristigen finanziellen Sicherung der AHV beschäftigen, einer Problematik, welche in frühestens 15 Jahren akut wird», sagt Kaufmann. «Umso dringender wäre es demnach, dass wir uns bei den Krankenkassen-Prämien, welche viele Bürger/-innen heute schon sehr belasten, ebenso ins Zeug legen und endlich – anstatt unserer unsozialen Kopfprämien – eine erwerbsabhängige Lösung, wie sie bei Sozialversicherungen Usus ist, in die Wege leiten würden.»



«Bestechend ist die gnadenlose Ehrlichkeit und Einfachheit des Vorschlags.»

JÜRGEN BECK
DU-ABGEORDNETER

Für Jürgen Beck von den Unabhängigen indes ist der Regierungsvorschlag zwar auf den ersten Blick nicht gerade berauschend – bei weiterer Betrachtung sei er aber durchaus prüfenswert. «Bestechend ist die gnadenlose Ehrlichkeit und Einfachheit des Vorschlags», so Beck – dies auch mit Blick auf eine durch die weltweite Coronakrise ausgelöste Arbeitslosenwelle, wodurch die Einlagen in die AHV massiv weniger werden könnten. «Also müssen wir jetzt handeln, solange es die finanziell gute Situation des Landes erlaubt», so Beck. «Mit der Einmalzahlung würden wir die Lage in den kommenden Jahren massiv entspannen und uns ellenlange, nichtssagende politische Debatten ersparen.»